



Die Gewerkschaft.

Medienkonferenz vom 11. Januar 2010

«Gewerkschaften und Konsumentenpresse sagen Nein zur geplanten Rentensenkung»

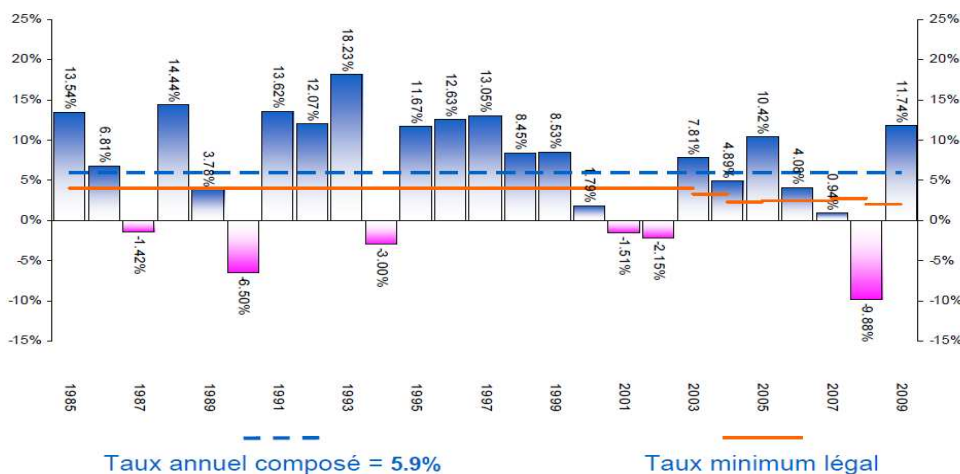
## Nein am 7. März zur Senkung des Umwandlungssatzes: Für eine langfristige Perspektive in der 2. Säule

Aldo Ferrari, Präsident und Mitglied von mehreren Pensionskassen-Stiftungsräten<sup>1)</sup>, eidgenössisch diplomierter Sozialversicherungsspezialist, Regiosekretär Unia Waadt

Während die Pensionskassen im Jahr 2009 an den Finanzmärkten eine zweistellige Rendite erwirtschaftet haben (Index BVG25 +11,74%), wollen die bürgerlichen Parteien und die Dachverbände der Arbeitgeber den BürgerInnen eine Rentensenkung zumuten. Angesichts der überstürzten Massnahmen gilt es in Erinnerung zu rufen: Die berufliche Vorsorge ist auf einen Zeithorizont von 60 Jahren ausgelegt: 40 Beitragsjahre und 20 Jahre Leistungsbezug. Die nüchternen Fakten sprechen für ein Beibehalten des aktuellen Umwandlungssatzes.

Seit der obligatorischen Einführung der 2. Säule im Jahr 1985 haben die Pensionskassen, die ihr Geld mit vernünftigen Risiken angelegt haben (25 Prozent Aktien), eine jährliche Rendite von 5,9 Prozent realisiert (siehe Grafik unten). Bis 2002 betrug der auf die Altersguthaben übertragene Mindestzins 4 Prozent, seither wurde er stufenweise auf 2% reduziert. Mit den Überschüssen hätten die Kassen Reserven bilden müssen für schlechte Jahre wie 2000 bis 2003 oder 2008.

Performances annuelles du LPP-25 depuis 1985



Source : IAM

Heute sollen nun aber die Fehler einiger Kassen und Versicherungen in der Vermögensverwaltung mit einer Rentensenkung bezahlt werden. Das kann die Gewerkschaft Unia nicht akzeptieren. Die Unia kann für sich in Anspruch nehmen, dass sie als Sozialpartnerin umfangreiche Erfahrungen in der paritätischen Verwaltung von Pensionskassen hat, die in den vergangenen 25 Jahren auch zahlreiche überobligatorischen Leistungen gewähren konnten.

### Schlechte Verwaltung, für welche nun die Versicherten bezahlen sollen

Die Versicherungen haben in den vergangenen Jahren enorme Profite im Geschäft mit der beruflichen Vorsorge gemacht. Sie haben aber auch eine falsche Anlagepolitik betrieben. Insbesondere seit der Finanzkrise Anfangs 2000 haben sie verstärkt in alternative Finanzprodukte investiert. Der Bericht der FINMA über die Betriebsrechnungen der in der 2. Säule tätigen Privatversicherer macht klare Aussagen: „... die notwendig gewordenen Abschreibungen auf den Nominalwerten [wirken sich] deutlich negativ auf das Ergebnis aus. Generell sind sie auf hohe Anteile an Unternehmensanleihen mit niedrigerem Rating, auf nicht voll abgesicherte Anleihen in fremder Währung sowie auf risikoreichere Investments in alternative Anlagen zurückzuführen.“ Die

Versicherungen wollen nun ihr Abenteuer im Reich der Hedge Funds von den Versicherten bezahlen lassen: Zwei Drittel ihrer Anlagen in Aktien (welche insgesamt auf unter 6 Prozent gefallen sind) sind hochriskant in Hedge Funds angelegt. Kein Wunder erhalten mittelständische Arbeitnehmer für den überobligatorischen Bereich (über einem Jahreseinkommen von 82'080 Franken) von den Versicherungen heute nur noch einen Umwandlungssatz von 5,6 und 5,8 Prozent. Dieser niedrige Umwandlungssatz zeigt auch, wohin die Reise mit den Versicherungen geht. Wenn der Direktor des Gewerbeverbandes Hans-Ulrich Bigler behauptet, ein Umwandlungssatzes von 6,8 Prozent dränge die Pensionskassen zu einem « Casino-Kapitalismus » liegt er völlig falsch. Im Gegenteil: Es war der Bundesrat, der gegen den Widerstand der Gewerkschaften die Anlageverordnung<sup>2)</sup> geändert hat. Diese erlaubt seit dem 1. Januar 2009 15% des Pensionskassenvermögens (Total gegen 100 Milliarden) in Finanzprodukte des Typs Madoff zu platzieren. Die Forderung der Gewerkschaften war immer klar: Anlagen in Hedge Funds gehören für Pensionskassen verboten, denn damit haben die Versicherten langfristig zu viel zu verlieren.

### **Economiesuisse und der Gewerbeverband üben sich in Planwirtschaft**

Die Unternehmen versuchen Investoren mit zweistelligen Renditeversprechungen zu ködern. Wie kann da gleichzeitig der Dachverband der Wirtschaft verkünden, die reale Wirtschaft könne den zukünftigen Rentner keine Erträge von fünf Prozent mehr garantieren? Solche Vorstellungen erinnern eher an längst vergangene Zeiten der Planwirtschaft. Wer auf das System der zwei Säulen setzt, muss sich auf eine langfristige Perspektive festlegen und in Unternehmen investieren, die Stellen und Innovation schaffen. Auch wenn niemand eine Garantie für zukünftige Renditen abgeben kann, können wir doch festhalten, dass der Umwandlungssatz von 6,8 Prozent auch bei geringeren Renditen, als sie in den letzten 25 Jahren erzielt wurden, finanzierbar ist. Und sollten wir feststellen, dass auch ein reduziertes Renditeziel nicht mehr erreicht werden kann, dann müssen wir nach anderen Lösungen suchen, als die Renten in unzumutbarer Weise zu kürzen.

### **Überstürzter Aktivismus, geprägt von Angst**

Die Rechnung der 2. Säule schliesst mit einem Überschuss von fast 20 Milliarden Franken ab (BSV 2007). Der Deckungsgrad der privaten Pensionskassen betrug im Durchschnitt am 30. September 2009 103,5 Prozent<sup>3)</sup> und wird Ende 2009 voraussichtlich 105% erreichen. Die Erklärungen des Bundesrates, in der 2. Säule wären jährlich 600 Millionen Franken Leistungen nicht gedeckt, ist schlicht absurd. Tatsache ist: Die privaten Pensionskassen sind heute in der Lage allen ihren Verpflichtungen nachzukommen und hätten dann immer noch zwanzig Milliarden zur Verfügung. Das Jahr 2009 zeigt einmal mehr, dass sich der Deckungsgrad bei einem Anziehen der Finanzmärkte rasch erholt und dass die dringlichen Sanierungsmassnahmen, welche das BSV forderte, in der Mehrheit der Fälle unbegründet waren.

Das Parlament hat in der ersten BVG-Revision vor wenigen Jahren eine Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,8% beschlossen. Die Versicherten haben das Recht darauf, die Auswirkung dieser Absenkung zu kennen bevor überhastet weitere Beschlüsse gefasst werden. Dies ist auch notwendig, damit die Bevölkerung Vertrauen in die Verlässlichkeit der zweiten Säule hat.

Wir rufen zu einem NEIN am 7 März 2010 auf, weil:

- **Die berufliche Vorsorge ist eine Sozialversicherung. Sie muss eine Leistung garantieren, die ein Leben in Würde erlaubt.**
- **Die Rentensenkung erfolgt einseitig zu Lasten der Arbeitnehmenden und steht im Widerspruch zur paritätischen Finanzierung der zweiten Säule.**
- **Bereits die Absenkung des Mindestzinssatzes seit 2003 von 4 auf 2 Prozent hat zu hohen Einbussen für die Versicherten geführt.**
- **Die durchschnittliche Rendite beträgt seit 1985 5,9 Prozent.**
- **Die durchschnittliche Deckung der privaten Pensionskassen beträgt Ende 2009 ca. 105%.**
- **Die Rechnung der beruflichen Vorsorge schliesst mit einem jährlichen Überschuss von 20 Milliarden ab.**
- **Die vom Parlament 2003 beschlossene Senkung hat noch nicht einmal ihr Wirkung entfaltet.**

<sup>1)</sup>Präsident des Fonds Interprofessionnel de Prévoyance und des Fonds de prévoyance des garages vaudois, Vizepräsident der Caisse de retraite de l'Industrie vaudoise de la Construction und der Fondation de la métallurgie vaudoise du bâtiment, Stützungsratsmitglied der Pensionskasse Unia und Mitglied der commission de gestion de la Caisse de prévoyance professionnelle neuchâtelaise. Diesen Kassen sind insgesamt über 40'000 Versicherte angeschlossen und sie verwalten ein Vermögen von 3,5 Milliarden Franken.

<sup>2)</sup> Die Anlagelimiten sind in den Artikeln 53 ff der BVV2 festgelegt.

<sup>3)</sup> Pensionskassenmonitor Swisscanto vom 30.09.2009